

Sorge um das Urmensch-Museum

Förderverein und Gemeinderat diskutieren die Zukunft der Einrichtung

STEINHEIM

Der Förderverein Urmensch-Museum Steinheim hat aus Sorge um die Zukunft des Museums Vertreter des Gemeinderats zu einem Gespräch eingeladen. Alle Stadträte gaben in diesem Rahmen an, dass sie einen persönlichen Bezug zum Museum haben und es eine wichtige Bedeutung für Steinheim habe.

Hilde Beyerbach gab einen kurzen Überblick über die bisherige Arbeit des Fördervereins, die neben vielen Veranstaltungen in der Anschaffung einer lebens-echten Nachbildung des Urmenschen gipfelte.

Eine lange Liste von Verbesserungsvorschlägen für die Zeit nach den bevorstehenden Bauarbeiten zum Brandschutz wurde anschließend diskutiert. Petra

Schubert (Grüne) konnte nicht verstehen, dass die Verbesserung der Heizung und der Raumluft nicht jetzt schon angegangen werde. Im Zuge der Arbeiten könne auch der alte Teppichboden erneuert werden. Audio-guides zählten heute bei jungen Besuchern zum Standard.

Ihr Fraktionskollege Rainer Breimaier bemängelte, dass im städtischen Haushaltsplan bis 2023 keine Mittel vorgesehen sind, um die Attraktivität des Museums zu steigern. Er äußerte die Befürchtung, dass der Brandschutz eine neue Konzeption für das Museum totschiene.

Uwe Löder (CDU) war der Meinung, dass den Brandschutzmaßnahmen etwas folgen müsse: „Es stellt sich nicht die Frage, dass man etwas macht, sondern wann man es macht.“

Hilde Beyerbach erinnerte daran, dass es einen einstimmigen Beschluss des Kultur- und Sportausschusses aus dem Jahr 2014 für ein Modernisierungskonzept von Lisa Rager (Naturkundemuseum) gebe. Das Urmensch-Museum ist eine „Zweigstelle“ des Stuttgarter Museums. Dr. Jürgen Thalemann (SPD) will, dass dieses Museum mehr in die Zukunftsplanung eingebunden wird. Man solle sich von dort Sachverstand und eventuell finanzielle Unterstützung erbitten.

Einig waren sich alle Gesprächsteilnehmer darüber, dass die Modernisierung des Urmensch-Museums nicht ewig hinaus geschoben werden dürfe und in absehbarer Zeit konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht werden sollen. (red)

Ludwigsburger Kreiszeitung vom 10. Dezember 2019